

KERAMISCHER

VII/Nr. 49 BERLIN
3. Dez.
1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr Verantwortlich:
Edwin Nenninger Verlag: Hermann Grönzel, beide
Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5 Ruf: C 4 Wilhelm
56 46 und 56 47. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

**WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND
INDUSTRIEVERBAND
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMIK- UND BAUSTOFF-INDUSTRIE
ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS**

BUND

Wochen-Ereignisse

Zwei flüchtig gewesene Potempa-Mörder, Golombek und Dutzki aus Rokittnitz, konnten in Neißa verhaftet werden. Es sind zwei der „lieben Kameraden Hitlers“, die den Arbeiter Pietzuch auf vichische Weise ermordet haben und von denen einige bereits zu Zuchthausstrafen verurteilt wurden. An die verurteilten Mörder telegraphierte seinerzeit Hitler und redete sie mit „Meine lieben Kameraden!“ an.

Wegen der Bombenattentate nach der Reichstagswahl vom 31. Juli in Schleswig-Holstein hatten sich vor dem Altonaer Sondergericht 40 SA-Leute und Führer der 4. Standarte und der Reichstagsabgeordnete Moder zu verantworten. Die Hauptschuldigen und Führer wurden mit Zuchthausstrafen bis zu 6 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt, auch Gefängnisstrafen von insgesamt 30 Monaten wurden ausgesprochen. 13 Angeklagte kamen mit einem Freispruch davon. Das Sondergericht stellte fest, daß die Attentate auf Parteibefehl ausgeführt wurden. 7 Angeklagte, die nicht zur Verhandlung erschienen waren, werden später abgeurteilt.

Der bisherige Rundfunkkommissar Erich Scholz, der seit dem 10. August im Amte war und im deutschen Rundfunk sozial Unheil anrichten ließ, ist zurückgetreten. Er war unfähig, seine Aufgabe zu lösen. Scholz war politisch sehr wandelbar.

Fünfzehn kommunistische Funktionäre, die als Büro der pfälzischen Bezirksleitung bildeten, wurden in Ludwigshafen verhaftet, da sie angeblich politische Massenstreiks in der Pfalz organisieren wollten. Streiks sind aber in Deutschland nicht verboten, auch nicht Streikvorbereitungen.

Die Reichsregierung soll beabsichtigen, für ihre Angestellten die 40-Stunden-Woche einzuführen und eine 20prozentige Gehaltskürzung damit zu verbinden. Die Angestelltenverbände protestierten bereits gegen eine derartige Absicht.

Wegen der Förderung Deutschlands auf Gleichberechtigung ist eine Vier- bzw. Fünf-mächtekonferenz für Anfang Dezember in Genf in Aussicht genommen.

Der preußische Reichskommissar Dr. Bracht verbietet im Rheinland elf sozialdemokratische Zeitungen für mehrere Tage, weil sie an seiner Maßnahme in der Hauptmann-Ehrung Kritik geübt hatten.

In Anhalt, wo die Linksregierung von einer Naziregierung abgelöst wurde, ist in der Staatskasse schon jetzt nach fünfmonatiger Regierungszeit ein Defizit von 4 Millionen RM zu verzeichnen. Die Linksregierung hatte 1 1/2 Millionen RM baren Kassenbestand hinterlassen.

In der ersten Novemberhälfte erhöhte sich die Zahl der bei den Arbeitsämtern angemeldeten Arbeitslosen von 5 109 000 auf 5 265 000 Personen. Die Arbeitslosigkeit steigt trotz Papens Ankurbelung also weiter.

Der Verbrauch an frischer Milch ging in den letzten beiden Jahren in Preußen um 18 Prozent zurück. Der Rückgang ist auf die sinkende Kaufkraft zurückzuführen.

Der bekannte Zirkus Sarrasani steht vor dem Ende seines Bestehens. Das große Brandunglück, das ihn in Belgien traf, konnte er in dieser Krisenzeit nicht mehr überwinden. Es bildete sich ein „Verein der Freunde Sarrasanis“, die das Unglück von dem Zirkus abwenden wollen. Ob es gelingt, ist noch fraglich.

Der russische Revolutionär Leo Trotzki bekam die Erlaubnis, in Kopenhagen und anderen nordischen Staaten Vorträge halten zu können. Seine Reise ging von der Türkei über Frankreich unter starker Polizeideckung vor sich. In Kopenhagen empfingen ihn kommunistische Mundrevolutionäre mit Niederrufen.

England meldet, daß in den letzten Wochen eine erkennbare nichte Konjunkturbesserung eingetreten sei.

In Linz wurde der Fleischhauergeselle Franz Leitgeb zu lebenslänglichem Kerker verurteilt, weil er sieben Frauen und Mädchen aus sinnlicher Leidenschaft, wie er angab, tötete.

In Venezuela wurde im abgelegenen Gebiete von Cayuni, in der Nähe des Flusses Chianan, nach Mittelteil der venezolanischen Regierung eine äußerst reiche Goldmine entdeckt, die viel ertragreicher zu werden verspricht, als die bekannte Ader von El Callao.

Regierungsbildung mit Hitlertheater

Da die Regierung von Papen zurücktrat, muß eine neue Regierung gebildet werden. Nach mehreren Monaten Papen-Regime ist das gar nicht so leicht. Die verantwortlichen und auch nicht verantwortlichen Stellen gaben sich bisher Mühe, eine neue Regierung auf die Beine zu stellen, aber unternommene Versuche mit einigen Parteiführern führten nicht zu einem Erfolg.

Da der Führer der Nationalsozialistischen „Arbeiter“partei Adolf Hitler bei diesen Verhandlungen sich sehr reklamestüchtig im Rampenlicht der politischen Schaubühne zu sonnen verstand, muß man dieses für Deutschland wahrlich nicht erfreuliche Ereignis behandeln.

Der „große“ Osaf kam aus München nach Berlin und schlug im Hotel „Kaiserhof“, wie es sich für den Führer einer „Arbeiter“partei gehört, sein Quartier auf. Sein braunes Kriegsvolk wurde sofort als Heilhoiwerk kommandiert. Innen kamen die finanziellen Stützen dieser sonderlichen „Arbeiter“partei aus Fürsten- und Gutsbesitzern mit dem Stab zusammen und plätzten sich in den Plüschsesseln, außen aber stand das rauhe SA-Kriegsvolk, frierend, hungernd und heilrufend. Ein Unterschied muß eben sein zwischen reich und arm in der Hitler-Partei. Die Hauptsache ist, daß Adolf für einige Tage der Glanzpunkt im politischen Geschehen Deutschlands war. Reklame gehört nun einmal zum Hauptgeschäft der Hitler-Partei. Der nationalsozialistische Mächtiger zeigte sich diesmal in Berlin sogar von seiner kulturellen Seite, er besuchte die Vorführung „Die Meistersinger“ in der Staatsoper. Anscheinend wollte er dartun, daß er nicht

nur am Raufen, Schlagen, Schießen, Bombenlegen und Morden seiner SA- und SS-Leute Gefallen findet, sondern auch an anderen Dingen.

Trotzdem sich Adolf Hitler äußerlich diesmal sehr große Mühe gab, regierungsfähig zu erscheinen, traute ihm der Reichspräsident, mit dem er mündlich und schriftlich verhandelte, nicht über den Weg. Erst wurde Hitler als Parteiführer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei vom Reichspräsidenten beauftragt, eine parlamentarische Mehrheitsregierung zu bilden. Das lehnte Hitler ab. Er machte Gegenvorschläge, „um Deutschland vom Druck des Marxismus zu erlösen“. Auf die Gegenvorschläge — auch Kanzler in einem Präsidialkabinett zu werden — antwortete Staatssekretär Dr. Meißner im Auftrage Hindenburgs, „daß der Führer eines Präsidialkabinetts nur ein Mann des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten sein kann“, also nicht Adolf Hitler.

Das ist so deutlich gesagt, daß Hitler seinen Antrag zurückgeben mußte. Daraufhin ging wieder ein Brief an Hitler, in dem folgender Passus enthalten ist:

„Der Herr Reichspräsident dankt Ihnen, sehr verehrter Herr Hitler, für Ihre Bereitwilligkeit, die Führung eines Präsidialkabinetts zu übernehmen. Er glaubt aber, es vor dem deutschen Volke nicht mehr vertreten zu können, dem Führer einer Partei seine präsidenten Vollmachten zu geben, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat und die gegen ihn persönlich wie auch gegenüber den von ihm für notwendig erachteten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen überwiegend verneinend eingestellt war. Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von Ihnen geführtes Prä-

sidiakabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.“

Darauf antwortete Hitler noch einmal in einem achten Schreiben zur Regierungsbildungsperiode und besiegelte damit schriftlich seine zweite Niederlage gegen Hindenburg. Damit ist auch der letzte Rest politischen Glorienscheins bei den geistig einsichtigen Kreisen seines Anhangs verfliegen. Hitler wurde weder Diktator, noch Reichspräsident, noch Reichskanzler, er wird es auch nicht in vier Monaten werden. Er bleibt nur Trommler und Regierungsrat.

Damit ist wieder einmal der Vorhang nach einem politischen Hitler-Akt auf der politischen Bühne niedergegangen. Aber hinter dem Vorhang und hinter den Kulissen geht die Arbeit weiter. Leider nicht im Sinne parlamentarischer Gesetzmäßigkeit und demokratischer Grundsätze. Darin liegt die große Gefahr für das Volk. Solange über die Geschicke des Volkes Interessenten unter den verschiedensten Regierungsdeckmüteln bestimmen, kommt das Volk stets am schlechtesten weg. Darin liegt der große Nachteil auch der neuen Präsidialregierung, die beim Schreiben dieser Zeilen in Bildung begriffen und mit der sich neben den Deutschen auch andere bürgerliche Parteien abfinden wollen. Nur der Wunsch ist jetzt allgemein: von Papen wird von allen Seiten als neuer Kanzler abgelehnt, weil sonst schwerer Schaden für das Reich befürchtet wird.

Kommunistischer Verleumder nochmals verurteilt!

Die Strafkammer in Eberswalde hat in ihrer Sitzung vom 21. Oktober 1932 folgendes Urteil und folgende Bekanntmachung beschlossen:

„Der Stadtverordnete Otto Burwig in Freienwalde ist wegen öffentlicher Beleidigung des Vorsitzenden des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Karl Thieme, in Hannover, zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden.“

Schon unterm 11. September 1931 wurde der Kommunist Burwig wegen Beleidigung unseres Kollegen, des Gauleiters Louis Bruns, Frankfurt a. M., zu 100 RM Geldstrafe verurteilt. Es wurde festgestellt, daß es sich um eine leichtfertige Verbreitung ehrverletzender Tatsachen handelt.“

Nämlich um die bekannte Behauptung, Bruns sei Aufsichtsratsmitglied der I. G.

Farben A.-G. und beziehe als solcher jährlich 65 000 RM Tantieme.

Wir haben seinerzeit über den Prozeß in der Nr. 41 vom 10. Oktober 1931 des „Keramischen Bundes“ berichtet.

Das Urteil wurde in seinem vollen Umfange in dem in Bad Freienwalde/Oder erscheinenden „Oberbarnimer Kreisblatt“ abgedruckt. Diese vollständige Veröffentlichung erfolgte durch ein Mißverständnis. Die Kosten mußte der Rechtsanwalt tragen, so daß dem Verband Ausgaben nicht erwachsen.

An dieses Mißverständnis knüpfte Burwig in einer Erklärung der gleichen Zeitung an und behauptet, daß, trotzdem er verurteilt sei, der Fabrikarbeiter-Verband 2 Millionen Reichsmark an Aktien des Chemie-Trustes erworben habe. Ferner sei es nicht erwiesen,

ob nicht doch ein Führer des Fabrikarbeiter-Verbandes Mitglied des Aufsichtsrats ist. Weiter behauptete Burwig, daß die Gewerkschaftsführer bei dem Streik in der Freienwalder Chamottefabrik eine Streikbrecherrolle gespielt haben.

Ferner wurde behauptet, daß die Führer des Fabrikarbeiter-Verbandes sich ihre Gehälter eigenmächtig nach Gutdünken bewilligen.

Nunmehr sah sich unser Vorstandsvorsitzender, Kollege Thieme, gezwungen, erneut gegen Burwig Beleidigungsklage zu führen. Das Amtsgericht Bad Freienwalde verurteilte Burwig in seiner Sitzung vom 10. Juni 1932 zu 100 RM Geldstrafe. Aus den Urteilsgründen, die sehr eingehend und umfangreich sind, entnehmen wir nur folgende Sätze:

„Für keine dieser Behauptungen hat aber der Angeklagte den Beweis der Wahrheit erbracht. Auf Grund des dem Gericht vorgelegten Verbandstagsprotokolls von München ist vielmehr festgestellt, daß die Gehälter von dem Verbandstag genau bestimmt sind.“

Bezüglich des Aktienpakets heißt es im Urteil:

„Ebenso steht fest, daß der Angeklagte diese Behauptung mit Wissen und Willen aufgestellt hat. Den Wahrheitsbeweis hat der Angeklagte aber nicht erbracht, gar nicht einmal zu führen versucht.“

Bezüglich des Aufsichtsratspostens sagt das Gericht:

„In Wirklichkeit ist aber ein Vertreter der Arbeitnehmer auf Grund gesetzlicher Bestimmungen (§ 70 Betriebsrätegesetz) in den Aufsichtsrat gewählt.“

Auf die behauptete Streikbrecherrolle geht das Urteil ausführlich ein und stellt fest, daß von der RGO eine Streikleitung zu führen, aus zehn Mitgliedern bestehend, gewählt wurde. Die Zeugenaussage ergibt:

„Post steht nur, daß diese Streikleitung, außer zu der Wahl der engeren Leitung, niemals zusammengetreten ist und auch keinerlei Verhandlungen mit der Fabrikleitung aufgenommen hat, um zu einer Einigung mit dieser zu gelangen.“

Weitere Werbeerfolge

Zu den bereits veröffentlichten Agitationserfolgen bringen wir heute weitere. Sie sind ein Beweis dafür, wie sich die Werbearbeit lohnt, wie wir damit weiterkommen und welche Erfolge dabei erzielt werden können.

Im III. Quartal 1932 wurden im Gau 11 folgende Aufnahmen erzielt:

Aalen-Unterkochen	16	Karlsruhe i. B.	71
Baierfurt	39	Offenbach i. B.	84
Eßlingen	93	Pforzheim	46
Freiburg i. B.	53	Reutlingen	25
Göppingen	14	Stuttgart	107
Heilbronn	21	Waldshut i. B.	40

Im Monat Oktober hatte der Gau 14 folgende Aufnahmen zu verzeichnen:

Aachen	14	Köln	95
Andernach	67	Krefeld	21
Bonn	30	Neuwied	14
Düren	31	Stolberg	28
Göhr	15		

Die Zahlstelle Würzen läßt wissen, daß sie nicht nur 18, sondern 30 Wiederaufnahmen erzielt.

In der Zeit vom 1. Oktober bis 15. November 1932 hat die Zahlstelle Torgau (Gau 2) 62 Aufnahmen zu verzeichnen.

In den Monaten September, Oktober bis 15. November wurden im Gau 15 folgende Erfolge erzielt:

Lauenburg	26	Varel	8
Leer	61	Wittmund	28
Scharrel	68		

Agitationserfolge im Gau 16 in den Monaten September/Oktober:

Borlum	40	Neubeekum	16
Castrup-Rauzel	10	Paderborn	12
Emmerich	11	Wessel	10
Essen	48	Wuppertal	36
Geseke	13		

Agitationserfolge im Gau 13: (teilweise schon veröffentlicht). Eisenberg, III. Quartal 1932 26 (schon veröffentlicht). Ludwigschafen:

Das Gesamtergebnis der Herbstagitation beträgt:

Neu- bzw. Wiederaufnahmen	344
Mannheim (in der Zeit vom August, September bis Oktober)	135
Neustadt (August, September, Oktober)	131
Saarbrücken (August, Sept., Oktober)	19
Speyer (August, September, Oktober)	13

Erst dem Gauleiter Martin ist es gelungen, eine Verständigung zu erzielen, die von der Mehrheit der Streikenden gutgeheißen wurde. Das Urteil führt dann fort:

„Die Behauptung, daß Gewerkschaftsführer bei dem Streik in der Freiwalder Ghamoltefabrik eine Streikbrechertätigkeit gespielt haben, ist also nicht erwiesen. Der Vorwurf eines Streikbrechers ist aber eine der schärfsten Herabsetzungen, die einem Vertreter der Arbeiterinteressen treffen kann.“

Im Hinblick auf die schlechte Vermögenslage des Angeklagten verurteilte das Gericht Burwig „trotz der Schwere der Beleidigungen“ zu einer Geldstrafe von 100 RM.

Burwig legte gegen diese Verurteilung Berufung ein, und die Strafkammer Eberswalde hat wie oben festgestellt wurde, die Strafe von 100 RM auf drei Wochen Gefängnis erhöht. Das Urteil der Strafkammer schließt sich den Gründen des Amtsgerichts Eberswalde vollinhaltlich an und weicht nur in

der Bemessung der Strafe von diesem ab. In den Gründen heißt es dann u. a.:

„Das Ziel dieses Kampfes (der Revolutionären Gewerkschafts-Organisation gegen die freien Gewerkschaften) geht über die Verletzung der Ehre des einzelnen hinaus und ist die Vernichtung des Einflusses der freien Gewerkschaften und die Werbung unter deren Mitgliedern für die Revolutionäre Gewerkschafts-Organisation. Hieraus ergibt sich die Gefährlichkeit und die Schwere der Beleidigung des Angeklagten. Der schwere Kampf darf scharf, muß aber sachlich und anständig geführt werden. Der Angeklagte hat sich bewußt über diese Warnung (Verurteilung zu 50 RM) hinweggesetzt und mit den Beleidigungen einen neuen Trumpf gegen die Gewerkschaften ausgespielt.“

So bedauerlich es ist, daß unser Verbandsvorsitzender, der Kollege Thiemig, gezwungen ist, derartige Klagen zu führen, so notwendig ist aber auch, daß derartige gemeine Verleumdungen einmal gestellt werden. Dies erfordert das Interesse und das Ansehen unseres Verbandes.

Zum Tode Gustav Haupts



Der Fabrikarbeiterverband hat durch den Tod des Kollegen Haupt eine hervorragende Arbeitskraft verloren. Haupt war neben seiner großen Arbeitsfreude ausgestattet mit einer ganz besonderen geistigen Beweglichkeit. Diese Eigenschaften befähigten ihn, sich rasch in jede Materie hineinzuarbeiten. Ohne Anleitung, ohne Hilfe hat er sich aus einer trostlosen Kindheit heraufgearbeitet.

Gustav Haupt wurde geboren am 24. Juli 1870 in Halberstadt als Kind sehr armer Eltern. Trotzdem ließen sie ihn nach Absolvierung der Volksschule das Tischlerhandwerk erlernen. Als junger Geselle trat er 1892 in Aschersleben dem Holzarbeiterverband bei, um sehr bald in Kollegentreisen führend zu werden. Schon im Jahre 1896 wählte ihn die Mitgliedschaft Halberstadt des Holzarbeiterverbandes zum ersten Bevollmächtigten. Diesen Posten hatte er inne bis zu seiner Übersiedlung nach Bielefeld im Jahre 1901. Dazwischen war er auch 1898 und 1899 Redakteur an der „Halberstädter Volkszeitung“. In Bielefeld wurde er 1905 stellver-

tretender Vorsitzender der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes und übernahm nebstbei im Auftrage des Ortskartells am 1. Januar 1906 die Leitung der Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes; zugleich wurde er Mitglied unseres Verbandes. Als die Zahlstelle Ludwigshafen a. Rhein die Stelle eines Agitationsleiters ausschrieb, bewarb sich auch Gustav Haupt um diesen Posten und wurde gewählt. Er übernahm am 1. Februar 1908 seine neue Stelle. Der Tischler mußte sich nun wieder umstellen, und es gelang ihm sehr rasch, nicht nur die Eigenart der vorherrschenden chemischen Produktion, die sein Agitationsbereich bildete, zu verstehen und zu überblicken, er arbeitete sich auch allmählich in die Wissensgebiete der Chemie selbst ein. Auf Konferenzen und Versammlungen wurde Haupt allmählich der sichere Sachkundige und Sachberater. Diese Tatsache bewog den Hauptvorstand, Haupt nach Hannover ins Hauptbüro zu berufen, als die Stelle eines Zentralbranchenleiters für die chemische Industrie zu besetzen war. Am 14. April 1919 trat er seine neue Stelle an, und er hat sie voll ausgefüllt bis zu seinem freiwilligen Tod. In dieser Zeit hat er eine außerordentlich fruchtbare Tätigkeit entfaltet. In unzähligen Artikeln im „Proletarier“ hat er sachkundig und mit Besonnenheit, aber auch mit Entschiedenheit die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen in der Chemie und darüber hinaus vertreten. Auf nationalen und internationalen Tagungen war er der kenntnisreiche Redner und Anwalt für den Schutz der Chemiewerker. Es ist der Verfasser verschiedener Schriften, z. B.: „Gewerbliche Gefahren in der chemischen Industrie“, „Bericht über den Streik in den Farbwerken vorm. Bayer & Co. in Leverkusen“, „Die chemische Industrie als Organisationsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes“, „Die gesundheitlichen Gefahren in der chemischen Industrie“, „Die Organisation der Kunstseidenarbeiter“ und „Das Rätsel der Redaux-Wissenschaft“. In

der „Zeitschrift für Gewerbehygiene“ hat er in Fragen des Arbeiterschutzes wiederholt das Wort ergriffen. Wie vielseitig die Tätigkeit des Kollegen Haupt war, ergibt sich auch aus folgendem: Er war Mitgründer und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, war Mitglied mehrerer Ausschüsse der genannten Gesellschaft. Die Gesellschaft für Gewerbehygiene verlieh Gustav Haupt im Jahre 1930 die „Arthur-von-Wempe-Medaille“, die bis jetzt nur wenigen gegeben wurde. Haupt gehörte dem Reichszellhorn-Ausschuß an und hat in dieser seiner Eigenschaft das Erscheinen der Zellhornverordnung maßgeblich mitbeeinflusst; ferner wirkte er als Sachverständiger beim Reichswirtschaftsrat mit in Arbeits- und Gesundheitsfragen. Unendlich viel danken wir also dem Kollegen Haupt bezüglich des Arbeiterschutzes für viele Arbeitergruppen der chemischen Industrie und verwandter Gruppen.

Seit 1896 war Haupt auch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und war bis zuletzt aktiv für sie tätig. Er war früher in Halberstadt, Bielefeld und Ludwigshafen im Kartellvorstand, zeitweise auch Vorsitzender. In Halberstadt und Bielefeld war er Gründer bzw. Mitgründer der Arbeiter-Zentralbibliothek. In Ludwigshafen war er Leiter der Zentralbibliothek und Ausschussmitglied der Jugendorganisation seit ihrer Gründung und seit 1916 Vorsitzender. Außerdem war er Gemeinderatsmitglied. Er war eine Arbeitskraft ersten Ranges.

Gustav Haupts letzte Kampfschreier für die Arbeiterschaft ist ein Artikel im „Proletarier“ Nr. 48 vom 26. November 1932. Hier wendet er sich gegen die von der Gummiwarenfabrik „Dunlop“ in Hanau geplante Lohnverschlechterung. Für die Humanität und Güte des Menschen Gustav Haupt spricht die Tatsache, daß er als Vormund äußerst besorgt für seine Mündel war und, weil Doppelwaisen, eines davon in seiner Familie aufnahm.

Am 23. November wurde Gustav Haupt eingeschert. Es waren so zahlreiche Kranzspenden und Beileidsbezeugungen aus dem In- und Ausland eingegangen, daß wir sie hier nicht alle nennen können. Persönlich vertreten waren außer dem ADGB und dem Afabund auch viele Zentralvorstände der freien Gewerkschaften und Vertreter unserer Organisation aus nahegelegenen Gauen und Orten. Die deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene war vertreten durch ihr Vorstandsmitglied, Herrn Dr. Meyer-Brodnitz, der einen Kranz niederlegte. Auch das Hauptkartell der Chemisten sandte eine Kranzspende. Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie sandte ein Beileidschreiben. Allen Genannten und Ungenannten herzlichen Dank für ihre Anteilnahme.

Ein unermüdlicher Kämpfer, ein lebenswürdiger und sachkundiger Berater, ein guter Kollege, ein treuer Freund und Mitarbeiter ist von uns gegangen. Durch sein Wirken aber hat er sich selbst ein unvergängliches Denkmal geschaffen. In der Geschichte unseres Verbandes und der Fabrikarbeiter-Internationale wird Gustav Haupt fortleben.

50 Jahre Tabakarbeiter-Verband

Der deutsche Tabakarbeiter-Verband gebührt mit zu den ältesten Verbänden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er hat seinen Sitz in Bremen. Die Träger des Organisationsgedankens in diesem Verband sind seit alters her die Zigarrenmacher. Schon in den frühesten Gesellenvereinen regten sich zentralistische Zusammenschlußgedanken, die zum Teil schon nach 1848 zu größeren Organisationsgebilden führten und aus denen sich 1882 die Zentral- und Klassenkampforganisation, der deutsche Tabakarbeiter-Verband, entwickelte. Freilich war der Verband unter dem Sozialistengesetz noch nicht das, was er heute darstellt. Er blieb Reise-Unterstützungsverein für deutsche Tabakarbeiter und mußte, wie alle Arbeiterorganisationen, die Kinderkrankheiten jeglicher Art durchmachen.

Nach der Befreiung von den Fesseln des Sozialistengesetzes hatten die Tabakarbeiter ihren ersten Großkampf in Hamburg-Altona 1890/91 zu bestehen. Es ging um die Verteilung des Koalitionsrechtes. Der Kampf wurde zwar nicht gewonnen, er brachte jedoch dem Verband einen Auftrieb im Laufe der Jahre. Später hatte er noch einige Großkämpfe zu überstehen. Mit 4246 Mitgliedern wurde im Jahre 1883 der Anfang gemacht, daraus wurden 10.000 und mehr, im Jahre 1931 waren es 60.721 Mitglieder, die sich im genannten Verband zusammenschlossen. Das ist ein Erfolg, der sich sehen lassen kann.

Auch Leistungen hat der deutsche Tabakarbeiter-Verband aufzuweisen, die lassen sich zahlenmäßig in einer Summe von 6.838.952 RM Unterstützung aller Art ausdrücken. Die Fülle der geistigen und kulturellen Wirksamkeit läßt sich nicht so ziffermäßig zusammenfassen, ist aber gemessen an der Eigenart dieses Industriezweiges sehr hoch.

Das 50jährige Bestehen des deutschen Tabakarbeiter-Verbandes fällt in die schlimmste Reaktionszeit der deutschen Republik. Wollen wir hoffen, daß die politischen Schwierigkeiten keine gewerkschaftliche Einengung bringen; denn der Tabakarbeiter-Verband wie auch die anderen gewerkschaftlichen Organisationen haben noch große wichtige Aufgaben für die Arbeiterschaft zu erfüllen. Dem Jubilar wünschen wir noch Jahrzehnte bester Aufwärtsentwicklung zum Wohle der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen.

Zunahme des deutschen Außenhandels

Um den gleichen Betrag von 33 Mill. RM hat der deutsche Außenhandel im Monat Oktober sowohl bei der Einfuhr (382 Mill.) als auch bei der Ausfuhr (482 Mill.) zugenommen. Dem Wert nach bedeutet dies eine Zunahme für die Einfuhr um 10,5 v. H. und für die Ausfuhr um 8,5 v. H. An der Zunahme der Einfuhr sind hohe Lebensmittelinporte entscheidend gewesen. An der Mehrausfuhr sind mit 31 Mill. RM ausschlaggebend die Fertigwaren beteiligt. Die Zunahme beträgt dem Werte nach 9 v. H., der Menge nach 8 v. H., da der Durchschnittswert der Fertigwarenausfuhr um 1 v. H. gestiegen ist.

Die Veränderungen im deutschen Glasexport 1932

(Schluß) Im Monatsdurchschnitt betrug die Ausfuhr nach:

Absatzgebiet	in 1000 Doppelzentner (abgerundet)	
	für 1931	für Januar bis Juni 1932
Westeuropa*)	62,7	41,1
Nordeuropa*)	10,2	6,4
Osteuropa*)	1,9	0,7
Südosteuropa*)	5,7	2,8
Balkan*)	1,1	0,7
Südeuropa*)	10,5	10,0
Asien	13,3	11,0
Afrika	4,5	3,3
Nord-Mittelamerika	7,3	3,5
Südamerika	5,9	5,2
Australien	0,4	0,2
Insgesamt	123,3	84,9



VERÄNDERUNGEN IM MONATSDURCHSCHNITT FÜR DAS HALBJAHR 1932 GEGENÜBER 1931

Die umfangreichsten Verluste waren also in Westeuropa und Nordeuropa. Wie das Schaubild zeigt betrafen die Abnahmen des Glasexportes die verschiedenen Staaten der obigen Absatzgebiete vollkommen ungleichmäßig. In Westeuropa, dem Hauptmarkt, hat weitaus in erster Linie Großbritannien schuld an dem Rückgang. Von den 21.600 Doppelzentnern, die allmonatlich im ersten Halbjahr 1932 weniger nach Westeuropa ausgeführt wurden als im Monatsdurchschnitt des vorigen Jahres, entfielen auf Großbritannien allein 17.400 Doppelzentner, d. h. daß das kontinentale Westeuropa bis Anfang Juli sich ungefähr auf dem Stand des Jahres 1931 gehalten hat. Wie das Schaubild und diese Zahlen erkennen lassen, sind die Abnahmen im Export nach den Niederlanden, Frankreich und Spanien durch Zunahme der Ausfuhr nach Belgien, Luxemburg und Portugal nahezu kompensiert worden. Beim Absatz nach Nordeuropa war der Verlust bei der Ausfuhr nach Norwegen mit rund 7 P. we-

sentlich geringer als der nach den übrigen Nordstaaten, da Norwegen, Schweden und Finnland nur 40 bis 45 Prozent weniger einfuhr. Die Ausfuhr nach Ost- und Südosteuropa hat sich der allmonatlichen Marktverhältnisse gehalten, da der Export nach Italien zum Teil durch die anderen Staaten dieses Absatzgebietes kompensiert wurde. Der Rückgang der Ausfuhr nach Asien ist fast nur durch den Export nach den englischen Kolonien entstanden (Pflanzenerzeugnisse), während die übrigen Länder sich hielten.

Setzt man die in der Tabelle für 1931 gegebenen Zahlen in Vergleich mit denjenigen des Jahres 1930, so ergibt sich für das erste Halbjahr 1932 folgende Entwicklung der Monatsdurchschnitte:

Beim Export nach Westeuropa hatte sich der Stand des Jahres 1931 auf dem des Jahres 1930 gehalten. Also erst im ersten Halbjahr 1932 begann die große Schrumpfung. Der Export nach Nord- und Südosteuropa war 1931 um rund ein Zehntel geringer als 1930. Diese Abnahme hat sich im ersten Halbjahr 1932 erheblich ver-

schnellert. Ähnliches ist bei Ost- und Südamerika festzustellen, die 1931 für 22 bzw. 31 Prozent weniger erhielten als 1930. Der Absatz nach Südamerika ist seit 1930 ziemlich unverändert geblieben. Von den Uebersee-Märkten hat sich der rapide Absturz der Ausfuhr nach Südamerika (1930 auf 1931 rund 43 Prozent) im ersten Halbjahr erheblich verlangsamt, ebenso der nach Australien. Größer geworden dagegen ist das Tempo der Schrumpfung des Exportes bei den übrigen Kontinenten. Das war die Situation bis Ende Juni 1932. In den folgenden Monaten hat sie sich noch verschlechtert, was man daraus entnehmen kann, daß der Monatsdurchschnitt per Ultimo Juni 1932 84.900 Doppelzentner betrug, per Ultimo August aber nur noch 83.300 Doppelzentner. Immerhin scheint das auf eine Verlangsamung der Schrumpfung des Exportes hinzuweisen, deren Ursache eine teilweise Belebung des Uebersee-Marktes sein dürfte, zum anderen Teil aber auch die Folge einer gesteigerten Bruchglasausfuhr (Scherben, Glasbrocken und ähnliche Abfälle).

Wie sich die einzelnen Arten der Glaswaren bei der Ausfuhr verhielten, mag als Abschluß die folgende Tabelle zeigen, die wiederum die Monatsdurchschnitte bringt. Es betragen diese:

Warenart	Mengen in 1000 dz (abgerundet)	
	Monatsdurchschnitt für 1931	Monatsdurchschnitt für Januar bis August 1932
Glasmasse, Glasstaub, Glasurmasse	2,2	1,6
Flaschen aller Arten	34,6	21,6
Beleuchtungsglas	8,5	5,8
Wirtschaftsglas	20,6	14,5
Glasapparate, Instrumente	2,3	1,9
Spiegel- und Tafelglas	38,2	26,6
Objektive, Linsen	0,6	0,5
Photopaparate	0,6	0,6
Gefäßes optisches Glas	0,9	0,8
Ungeläßes optisches Glas	0,3	0,2
Photographische Platten	1,1	1,0
Glas-Schmelzwaren	2,9	1,4
Thermometer	0,2	0,2
Glasmaspinnerei, Glaswolle	1,1	0,6
Sonstige Glaswaren und Glas	9,6	6,7
Glasexport insgesamt	123,2	83,3

Die drei Hauptposten: Spiegel-Tafelglas, Flaschen und Wirtschaftsglas haben am empfindlichsten abgenommen, alles drei Waren, bei denen Großbritannien im Jahre 1931 weitaus der wichtigste Abnehmer war; von den Flaschen und dem Wirtschaftsglas erhielten die Engländer allein nicht weniger als rund ein Drittel des Gesamtexportes. Es fällt auf, daß die Präzisionswaren und die mehr luxuriösen

Artikel größtenteils im Verhältnis besser abschnitten als die ausgesprochenen Gebrauchsgläser.

Faßt man zusammen, so kann nicht behauptet werden, daß die bisherige Entwicklung des Glasexportes im Jahre 1932 zu besonderer Freude Anlaß geben könnte, insbesondere deshalb nicht, weil die Ausfuhr eine gegenüber 1931 verringerte Entlastung des Arbeitsmarktes zur Folge hatte. Vielleicht ist das nur eine vorübergehende Erscheinung, die jedoch — selbst bei kurzer Dauer — für viele Not bedeutet.

Dr. Fritz Wasner.

KPD im Dienste der Unternehmer

Die kommunistischen Verleumder bringen im „Klassenkampf“ Nr. 266 vom 17. November einen Artikel mit der Überschrift „Reformistischer Verrat in Groß-Kayna“.

In diesem Artikel nimmt man nach kommunistischer Art zu dem gegenwärtigen Lohnstreik in der Glashütte Gr. Kayna Stellung. Dabei schreibt man unter anderem wörtlich:

„Er (damit meint man den Kollegen Fischer vom Fabrikarbeiter-Verband) forderte die Belegschaft zum Kampfe auf und verband seinen ‚Kampfruf‘ mit diesem faulen Vergleichsvorschlag: Statt der zehnprozentigen Lohnkürzung die 40-Stunden-Woche unter Aufhebung der fünfprozentigen Lohnsenkung vom 1. September (1).“

Der ‚Kampf‘ sieht in der Praxis so aus: Bei einem (angenommenen) gegenwärtigen Wochenlohn von 18 RM beträgt die zehnprozentige Lohnsenkung 1,80 RM, verbleibt 16,20 RM. Damit wäre Bulle zufrieden. In der 40-Stunden-Woche, für die Fischer wirbt, senkt sich der gegenwärtige Wochenlohn von 18 RM automatisch auf 15 RM, dazu erkämpft die Aufhebung der fünfprozentigen Lohnsenkung vom 1. September, macht 75 Pf., zusammen 15,75 RM (1).“

Wir haben hier das seltsame Schauspiel, daß der Unternehmer den Lohn nur um 1,80 RM (10 Prozent) kürzen will, während der Verbandsangestellte Fischer die Belegschaft auffordert, eine Lohnkürzung um 2,25 RM (12,5 Prozent) zu erkämpfen!

*) Großbritannien, Irland, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Saar-gebiet, Frankreich, Spanien, Portugal;
*) Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland;
*) Rußland, Rumänien, Polen, Dänzig;
*) Tschechoslowakei, Oesterreich, Jugoslawien, Ungarn;
*) Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Albanien;
*) Schweiz, Italien, Br. Mittelmeer.

uns der kommunistische Verlauder auch noch diese Frage — oder — ist der Artikel in der kommunistischen Zeitung im Auftrage des Unternehmers geschrieben — fast möchte man es glauben.

Dieses neueste Verbrechen der Kommunisten reißt sich würdig an die vielen Lügen, die die Kommunisten in den letzten Wochen über die Königsmühle in Merseburg, über Leuna, Torgau, Berlin und andere Betriebe verbreitet haben. In Wirklichkeit also liegen die Dinge ganz anders. Der Unternehmer der Glasbläse, Herr Bulla, forderte entweder die 36-Stunden-Woche, was eine Lohnminderung von 25 Prozent bedeuten würde, oder einen allgemeinen schätzungsweisen Abbau der Tariflöhne. Beides wurde von der Verbands-

vertretung, vom Arbeiterrat und von einer großen, stark besuchten Belegschaftsversammlung abgelehnt. Der Hinweis, die 40-Stunden-Woche im Betriebe einzuführen und die jetzigen Tariflöhne wieder auf den Stand vom 1. September zu bringen, wurde lediglich in der Debatte diskutiert.

Diese Regelung hätte zunächst eine Lohn-erhöhung von 6 Prozent gebracht. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit aber von 48 auf 40 Stunden würde eine Verdienstminderung von 6 Prozent eintreten.

Der Unternehmer aber fordert eine Ver- kürzung der Arbeitszeit mit einer Verdienst- minderung von 25 Prozent oder die allge- meinen 10 Prozent Tariflohnabbau. Ist die 40-Stunden-Woche gegenüber den Unter-

nehmerforderungen ein Vorteil oder nicht — geht Antwort, ihr Schmierfinkent!

Die Belegschaftsversammlung, die von weit über 100 Kollegen und Kolleginnen besucht war, stand einmütig und geschlossen hinter dem Fabrikarbeiter-Verband und wählte sich auf Vorschlag des Kollegen Fischer eine Verhandlungskommission. Dem Kollegen Fischer wurde damit das vollste Vertrauen ausgesprochen. Kommunistische Quertreiber gab es überhaupt nicht. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. In ihrem Haß haben sich die kommunistischen Schmier- finken offenbar jetzt dem Unternehmer ver- schrieben. Das, was also im „Klassenkampf“ geschrieben wurde, ist eine Lüge, die nur den einen Sinn haben kann, die prächtige Kampf-

stimmung und die Einmütigkeit der Beleg- schaft kaputt zu schlagen.

Wem wird damit geholfen — wem anders, als dem Unternehmer. Das nennen diese Schmutzfinken dann Klassenbewußte und revolutionäre Arbeiterpolitik. Ihr Kommu- nisten, heraus mit der Sprache — habt ihr im Auftrage des Unternehmers geschrieben, oder nicht? H. F.

Kaiserswalde

Nach Kaiserswalde im Kreise Habel- schwerdt sind Arbeitsangebote zu unterlassen. Interessenten werden gebeten, sich an die Zahlstelle Glatz, Herrenstraße 14, oder an Heinrich Dörner, Kaiserswalde, Kreis Habel- schwerdt, zu wenden.



Folgen der Kontingentierung in der feinkeramischen Industrie

Um die Stützen der Regierung in der Groß- landwirtschaft bei guter Laune zu erhalten, wollte die Regierung Papen bekanntlich die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte auf das Äußerste drosseln, die Einfuhr Kontingen- tieren. Als guter Reiter setzte Herr von Papen über alle Hindernisse, die der Kontingentier- ung im Wege standen, leicht hinweg. Fast alle Wirtschaftskreise der Industrie, des Handels, die Ueberssee-Exporteure und nicht zuletzt die organisierte Arbeiterschaft aller Richtungen erhoben gegen die Pläne schärfsten Widerspruch. Erst der blamable Hiereinfall mit der sogenannten Tomatenkom- mission, die in allen von ihr besuchten Län- dern Absagen erhielt, hat die deutsche Regie- rung soweit gebracht, daß sie ihre diesbezüg- lichen Absichten fallen ließ, aber schon durch die Ankündigung war genug Porzellan zer- schlagen. Die Wirtschaftskreise in den be- troffenen Ländern und die Regierungen haben sofort zu Vergeltungsmaßnahmen gegriffen. Die exportierenden Industrien mußten den wirtschaftlichen Dilettantismus der Regierung mit schärfsten Exportverlusten bezahlen.

Zu den Industrien, die besonders in Mit- teldeutschland gezogen worden sind, gehört die feinkeramische Industrie. Die feinkeramische

Industrie hat in Normalzeiten zirka 50 Pro- zent ihrer Erzeugung ausgeführt. Die im Laufe der letzten Jahre eingetretenen Zoll- erhöhungen in den wichtigsten Absatzländern haben schon einen starken Exportrückgang zur Folge gehabt. Die Vereinigten Staaten und England nebst seinen Kronländern sind früher hervorragende Abnehmer deutschen Porzellans und deutschen Steinguts gewesen. Die Ausfuhr nach diesen Ländern ist außer- ordentlich zurückgegangen und wird in USA. noch besonders gehindert durch japanisches Porzellan, das infolge seiner niedrigen Ge- stehungskosten die Zollmauern immer noch besser überspringen kann als europäisches Porzellan. Die besten Kunden Deutschlands in den letzten Jahren waren Holland, Däne- mark, Schweden, Norwegen, die Schweiz und die sogenannten Randstaaten, Estland, Lett- land, Finnland und Litauen. Aber gerade diese Staaten haben in der Hauptsache ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach Deutsch- land abgesetzt, und die hat man durch die unsinnigen Kontingentsbestrebungen vor den Kopf gestoßen. Die Folgen sind auch nicht ausgeblieben, wie ein Vergleich der Ausfuhr nach diesen Ländern mit den entsprechenden Monaten des Vorjahres beweist:

In Doppelzentnern.

	August 1931	September 1931	Oktober 1931	August 1932	September 1932	Oktober 1932
Porzellangeschirr.						
Pos. 733a.						
Holland	3.056	1.431	2.648	2.241	1.596	2.250
Dänemark	522	460	732	372	83	308
Schweden	251	372	580	87	190	311
Schweiz	1.366	1.247	1.268	718	593	931
Steingutgeschirr.						
Pos. 731b.						
Holland	1.067	1.359	763	729	1.013	670
Dänemark	591	1.210	433	80	160	238
Schweden	475	279	448	320	94	254
Schweiz	274	249	322	257	130	394
Waren aus weißem Steingut.						
Pos. 730.						
Sanitätsgeschirre usw.						
Holland	1.362	1.844	1.422	1.117	1.393	721
Dänemark	588	857	618	90	218	370
Schweden	423	635	287	331	518	290
Schweiz	1.387	1.412	1.340	638	1.026	1.121



Streik-Niederlage der RGO in Grohn-Vegesack

In wie verbrecherischer und leichtsinniger Weise die Arbeiterschaft von der KPD, und ihrer Gewerkschaftsfiliale, der RGO, in wirt- schaftliche Kämpfe gehetzt wird, zeigt der beendete Streik in den Grohner Wandplatten- Fabriken. Was alle Einsichtigen vorher wuß- ten und auch der Arbeiterschaft gesagt haben, ist denn auch prompt eingetreten. Die ge- werkschaftliche Einsicht, daß man nur wirt- schaftliche Kämpfe führen kann, wenn auch die Voraussetzungen dafür gegeben sind, ist wieder einmal glänzend gerechtfertigt worden. Die Zerspaltung der Arbeiterschaft, her- beigeführt von der KPD, und ihrer RGO, hat der Arbeiterschaft in den Wandplatten-Fabri- ken die Niederlage beigebracht. Ohne starke gewerkschaftliche Organisationen, erfüllt mit gewerkschaftlicher Disziplin und Einigkeit, sind Wirtschaftskämpfe erfolgreich nicht zu führen. Es geht nicht an, daß außenstehende Personen, Angehörige der kommunistischen Leitung in Bremen, und gar nicht im Betriebe Beschäftigte, über Maßnahmen von Streiks bestimmen.

In geradezu verantwortungsloser Weise haben die kommunistischen Drahtzieher in Bremen, unterstützt von der kommunistischen Arbeiterzeitung, eine wilde Hetze entfaltet. Bei Streikausbruch wurde ein 21köpfiger Aktionsausschuß eingesetzt, in dem alles un- bezogene aufgenommen wurde. Zu einem er- folgreichen Arbeiten konnte dieser Ausschuß nicht kommen.

Der Fabrikarbeiter-Verband sanktionier- te den Streik um: zahlte an seine Mitglieder die satzungsmäßige Unterstützung vom ersten Tage aus. Damit war der RGO und der KPD, die Möglichkeit genommen, den Fabrikarbeiter-Verband und die Gewerkschaften als Ver- räter hinstellen, worum es ihnen in Wirk- lichkeit zu tun war. Die RGO hatte ver- sprochen, daß der ganze Kampf nicht länger als zwei Tage dauern könne, denn man war sich klar, da die Unorganisierten in der Mehr- heit waren, die RGO-Leute und die Unorgani-

sterten mit ein paar Betteluppen nicht länger durchhalten zu können. Ob die von der RGO für die Unorganisierten beantragte Wohl- fahrtsunterstützung und die paar Bettel- groschen, über die man Rechnung nicht ab- legte, die nötige Streikmunition bringen wür- den, bezweifelte man selbst. Ein Streik, auf- gebaut auf dieser Grundlage, mußte dann auch, wie vorausgesehen, und was die Draht- zieher der KPD, und RGO, auch vorher wußten, zusammenbrechen. Diesen Draht- ziehern war es ja nicht um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter zu tun, sondern lediglich darum, um gegen die Gewerkschaften und die organisierte Arbeiterschaft zu hetzen. Daß dabei die Arbeiterschaft nur weiter ins Elend getrieben wird, sichts diese Niederlagen- strategien weiter nicht an.

Ohne daß die Direktion zur Wiederauf- nahme der Arbeit aufruf, hatten sich nach fünf-tägiger Streikdauer soviel Arbeitswillige gemeldet, darunter ein ganz beträchtlicher Teil strammer KPD- und RGO-Leute, ja selbst solche aus dem berühmten Aktionsaus- schuß, daß der Betrieb wieder eröffnet wer- den konnte. Ein Polizeiaufgebot sorgte für den Schutz der Arbeitswilligen. Ob den KPD-Größen nicht die Schamröte ins Gesicht ge- stiegen ist unter Polizeischutz die Arbeit aufzunehmen? Oder ist die Verblendung und der eingetrichterte Haß gegen die organisierte Arbeiterschaft schon so groß, daß alle Ehr- und Solidaritätsgeföhlsmomente zum Teufel gegangen sind? Nach unserer Auffassung sind diese Größen aber nur willenslose Objekte in der Hand verbrecherischer Drahtzieher ohne eigene Denkfähigkeit. Zu den Arbeitswilligen gehörte auch das RGO-Mitglied Zill- mann, welcher auch dem Aktionsausschuß angehörte. Um den Anschluß an die Arbeit nicht zu verpassen und von Streikposten nicht belästigt zu werden, ging Zillmann um vier Uhr bereits in den Betrieb.

Am Vormittag des Tages hielt die RGO, die fällige Streikversammlung ab, welche sehr

schlecht besucht war. Anstatt nun die ent- sprechenden Beschlüsse zu fassen, wurde aus grenzenloser Feigheit nur beschlossen, abzu- warten, was die am Nachmittag desselben Tages stattfindende Versammlung des Fabrik- arbeiter-Verbandes beschließen würde. Dabei tönte es aus allen Mäulern und aus allen Zel- tungen der RGO: „Die siegreiche RGO führt.“ Nun, wo die Niederlage offensichtlich war, sollte der Fabrikarbeiter-Verband die notwendigen Beschlüsse fassen.

In der am Nachmittag stattfindenden Ver- sammlung wurde das verbrecherische Ver- halten der RGO, gebührend gebrandmarkt. Das Verhalten bekannter RGO-Leute und Mitglieder des Kampfausschusses wurde in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. Ein- wandfrei wurde nachgewiesen, daß die Beleg- schaften sich für das über sie gekommene Elend bei der RGO, und ihren Drahtziehern zu bedanken hätten. Mit Recht wurde gesagt, wäre der Streik gewonnen worden, hätte die RGO den Sieg für sich verbucht. Nun, wo er verlorengeht, versucht man den Gewerk- schaften die Schuld in die Schuhe zu schoben, obwohl die RGO, mit ihrem Kampfausschuß die Führung des Streikes für sich bean- sprucht und auch in von ihr verbreiteten Flug- blättern behauptet hat, Nebenbei sei erwähnt, daß außerhalb des Betriebes stehende Funktio- näre der KPD, auch in dieser Versammlung versuchten, ihr politisch wirres Zeug an den Mann zu bringen. — Die Wahl stand ja vor der Tür. — Die Lage der Streikenden war ihnen vollkommen gleichgültig. Solange es der Arbeiterschaft nicht gelingt, diese Leute von sich abzuschütteln, wird es ihr schwer möglich sein, ihre Lebenslage zu verbessern.

Es gibt für die Belegschaften nur eine Lehre aus dem Kampfe zu ziehen, sich fester und geschlossener im Fabrikarbeiter-Verband, Abtlg. Keramischer Bund, zusammenzu- schließen. Laßt die Maulhelden der KPD, und RGO, allein. Sie kämpfen nicht für die Ver- besserung eurer Lebenslage, sondern führen auch nur weiter ins Elend. Ihr ganzes Ge- barren führt zur weiteren Zerspaltung und Schwächung der Arbeiterschaft zur Freude der Arbeitgeber. Ist die Arbeiterschaft ge- schlossen und einig, ist der Zeitpunkt ge- kommen, wo wir uns das wieder holen, was man uns mit Hilfe der RGO, genommen.

Syndikatsverhandlungen Zement Westdeutschland

Verhandlungen über die Verlängerung des westdeutschen Zementverbandes haben Ende vergangener Woche wiederum stattgefunden, ohne daß ein Ergebnis erzielt wurde. Im Jahre 1931 hatten einige Naturzementwerke sich auf die Produktion von Portlandzement umgestellt. Bei den Syndikatsverhandlungen Ende 1931 gelang es nicht, diese Werke rest- los zum Beitritt zu bewegen. Deshalb erfolgte die Verlängerung nur auf ein Jahr. Die Ver- handlungen in diesem Jahre stehen vor den gleichen Schwierigkeiten. Mehrfache Verständigungsversuche mit den Außenseitern im Laufe des Jahres haben einen Erfolg nicht gebracht.

Den Außenseitern gelang es durch starke Unterbietung der Kartellpreise, ihre Kapazi- tät weitgehend auszunutzen und dadurch etwa die Hälfte des Verbandsabsatzes an sich zu ziehen, obwohl die Produktionskapazität nur etwa 10 Prozent der Verbandswerke beträgt. Die Verbandswerke waren nur bis zu 20 Pro- zent beschäftigt.

Auch die Verhandlungen über die Bereini- gung der Differenzen auf dem holländischen Markt haben ein Ergebnis noch nicht gebracht. Diese Verhältnisse beeinflussen natürlich auch weitgehend die Syndikatsverhandlungen.

Von Verbandsseite bringt man zum Aus- druck, daß man gewillt ist, wenn eine Ein- gung über die Erneuerung bzw. Verlängerung des Syndikats nicht zustande kommt, den Kampf mit allen Mitteln aufzunehmen, um die Außenseiter zum Einlenken zu zwingen. Die Auflösung des Westdeutschen Verbandes müßte auch weitgehend die Verhältnisse im norddeutschen und süddeutschen Zementver- bande beeinflussen.

Elbing

Bei den Siedlungsbauten in den verschie- densten Gegenden des Ostens werden die Wohnhäuser massiv gebaut, während man für notwendig werdende Schulen jedoch nur Ba- racken, die nach einem einheitlichen Muster in Mitteldeutschland hergestellt und von dort fertig zum Zusammenfügen nach dem Osten transportiert werden, nimmt.

